



Sozialdemokratische Partei
Kanton Schwyz

Schwyz, 25. Oktober 2019

SP hatte Scheitern des bürgerlichen Bubentrickleins beim PBG vorausgesagt

Der Kantonsrat muss das kantonale Planungs- und Baugesetz (PBG) nochmals überarbeiten und dafür sorgen, dass die Bestimmungen dieses Mal nicht bundesgesetzwidrig sind. Dabei hatte die SP bereits im März 2018 vor einem Scheitern gewarnt.

Strittig war in erster Linie ein gewährter Pauschalabzug von CHF 10'000.-- bei der Mehrwertabgabe. In der Kantonsratssession vom 14. März 2018 prophezeite SP-Kantonsrat Jonathan Prelicz (Arth) anlässlich der Debatte zum kantonale Planungs- und Baugesetz: „Ob dieser Rabatt einer Beschwerde standhalten würde, ist zu bezweifeln. Klar ist ebenfalls, dass die SP bei diesem Bubentricklein nicht mitmachen wird.“

Nun ist es amtlich: Das Bundesamt für Raumentwicklung ist nicht auf die Finte der bürgerlichen Parteien hereingefallen und gibt der SP-Fraktion im Prüfungsbericht recht. „Es ist bedauerlich, dass die bürgerlichen Parteien die Warnungen der SP kommentarlos ignoriert hatten und nicht auf unsere Anträge eingegangen waren. Die Kosten für diese parlamentarische Zusatzrunde hätten wir uns definitiv sparen können“, kommentiert Kantonsrat Prelicz treffend. Auch die aktuelle zahnlose Vorlage ignoriert viele wichtige SP-Anliegen und ist noch immer minimalistisch ausgestaltet, weshalb sie innerhalb der Fraktion auf breite Ablehnung stösst.

Investition in den öffentlichen Verkehr

Das Projekt «Busdrehscheibe Bahnhofplatz Arth-Goldau» ist unbestritten und wird von der SP Fraktion unterstützt. «Damit soll der wichtige ÖV-Knotenpunkt am Bahnhof Arth-Goldau seinem Stellenwert entsprechend aufgewertet werden», hält Kantonsrätin Elsbeth Anderegg Marty (Altendorf) fest. Kritisiert wird jedoch die geringe Anzahl Veloabstellplätze. Zudem bleibt eine Begrünung, die das Aufheizen des Platzes an heissen Tagen vermindern würde, im Projekt leider völlig unberücksichtigt.

SP steht für konsequenten Klimaschutz

«Seit Jahren verhindert die rechtskonservative und wirtschaftsliberale Mehrheit in der Regierung und im Parlament Klimaschutzmassnahmen», ärgert sich Kantonsrat Leo Camenzind (Ingenbohl). Ungeachtet der grossen Erfolge in anderen Kantonen verzichtet unser Kanton auf jegliche Fördermassnahmen, obwohl von diesen nicht nur die Umwelt, sondern auch die Schwyzer Wirtschaft profitieren würde. Schliesslich löst ein Förderfranken sechs Franken an Investitionen aus. Griffige Anreizsystem für energetische Sanierungen – gerade im Gebäudebereich – sind

erprobt und wirkungsvoll. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb die Motion zur Verringerung des CO₂-Ausstosses.

Erbschaftsteuer für den Klimaschutz - ein neuer Generationenvertrag

Einmal mehr wohl als einzige Partei steht die SP hinter der Einführung einer Erbschaftssteuer, dieses Mal zugunsten von Klimaschutzmassnahmen. Eine Zweckbindung macht dabei absolut Sinn. «Dahinter steckt die Idee des umgekehrten Generationenvertrags», erklärt Kantonsrat Thomas Büeler (Lachen): «Mithilfe einer Erbschaftssteuer zugunsten von Klimaschutzmassnahmen werden Mittel der älteren Generation direkt in die Zukunft der jüngeren Generationen investiert und so eine nachhaltige Zukunft gesichert.»